

**In dem Verfahren
über
die Verfassungsbeschwerde**

der Frau (...)

- Bevollmächtigter: Rechtsanwalt (...)

gegen den Beschluss des Dienstgerichtshofs für Richter bei dem Thüringer
Oberlandesgericht vom 15. Dezember 2021 - DGH W 1/21 -

und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

hat die 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch

die Richterin Hermanns,

den Richter Maidowski

und die Richterin Langenfeld

gemäß § 93b in Verbindung mit § 93a BVerfGG in der Fassung der
Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)
am 9. März 2022 einstimmig beschlossen:

Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen.

**Mit der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde wird der Antrag
auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegenstandslos (§ 40 Abs. 3
GOBVerfG).**

G r ü n d e :

I.

Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Entlassung einer Richterin auf Probe in Thüringen.

1

1. Die Beschwerdeführerin wurde mit Wirkung zum 21. September 2015 unter Berufung in das Richterverhältnis auf Probe in den höheren Justizdienst des Freistaats Thüringen eingestellt. Zuvor war sie insgesamt 20 Monate als Rechtsanwältin beziehungsweise als Rechtsreferentin der Evangelischen Schulstiftung tätig. Nach Dienstleistungsaufträgen beim Sozialgericht Altenburg, bei der Staatsanwaltschaft Gera und beim Landgericht Gera verrichtete sie seit dem 1. Januar 2020 ihren Dienst beim Amtsgericht Altenburg. Nach der Geburt ihres Sohnes am 29. September 2020 be-

2

fand sich die Beschwerdeführerin in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis 31. März 2021 in Elternzeit. Seit dem 1. April 2021 war die Beschwerdeführerin mit halber Arbeitskraft in den Abteilungen für Jugendstrafrecht und Familienrecht eingesetzt.

2. Seit dem 1. Januar 2020 nahm die Beschwerdeführerin mit Teilen ihrer Arbeitskraft als eine von sechs Kolleginnen und Kollegen im Landgerichtsbezirk Gera den Bereitschaftsdienst für den kompletten Landgerichtsbezirk Gera im Rahmen eines speziellen Geschäftsverteilungsplans wahr.

3. In der Zeit vom 14. bis 20. April 2020 hatte die Beschwerdeführerin zusammen mit einer Kollegin als Vertreterin den Bereitschaftsdienst zu leisten. Am 14. April 2020 rief der Vater der Beschwerdeführerin, ein evangelischer Pfarrer, kurz nach Beginn des Bereitschaftsdienstes der Beschwerdeführerin (16:00 Uhr) um 16:06 Uhr auf dem Bereitschaftsdiensttelefon an, um als Seelsorger ein Zutrittsrecht zu einem schwer kranken 89jährigen Gemeindemitglied in einem Pflegeheim in Jena zu erwirken. Besuche des Gemeindemitglieds waren zuvor durch die Pflegeheimleitung wegen der Zweiten Thüringer Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 (im Folgenden: 2. ThürSARS-CoV-2-EindmaßnVO) vom 7. April 2020 versagt worden. Noch am gleichen Abend erließ die Beschwerdeführerin den Beschluss, ihren Vater im Rahmen seiner seelsorgerischen Tätigkeit jederzeit Zutritt zu dem Gemeindemitglied zu gewähren. Wenige Tage später wurde die ThürSARS-CoV-2-EindmaßnVO dahingehend geändert, dass unter anderem Seelsorger das Zutrittsrecht zu Pflegeeinrichtungen erhielten.

4. Nachdem dem Präsidenten des Landgerichts Gera das verwandtschaftliche Verhältnis zwischen dem Pfarrer und der Beschwerdeführerin bekannt geworden war, leitete er mit Verfügung vom 23. April 2020 ein Disziplinarverfahren gegen die Beschwerdeführerin ein.

Am 5. Mai 2020 wurde der Richterwahlausschuss über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens informiert. Am 26. Mai 2020 gab er seine Zustimmung zur Übernahme der Beschwerdeführerin in ein Richterverhältnis auf Lebenszeit.

Nach erfolgter Stellungnahme der Beschwerdeführerin schloss der Ermittlungsleiter seine Ermittlungen mit dem Ermittlungsbericht vom 12. Juni 2020 ab, den er an diesem Tag auch der Beschwerdeführerin übersandte. Mit Schreiben vom 22. Juli 2020 wurde die Beschwerdeführerin ohne Angabe eines Grundes zu einem Personalgespräch am 30. Juli 2020 in das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (im Folgenden: Ministerium) eingeladen. Am 28. Juli 2020 bat die Beschwerdeführerin über ihren Prozessbevollmächtigten um eine Abstimmung zu dem beabsichtigten Termin, soweit dieser im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren stehen sollte. Mit Schreiben vom 6. August 2020 teilte das Ministerium der Beschwerdeführerin mit, dass beabsichtigt sei, sie gemäß § 22 Abs. 3 DRiG aus dem Richterverhältnis auf Probe zu entlassen, da sie am 14. April 2020 ein Verhalten gezeigt habe, das bei Richtern auf Lebenszeit eine im gerichtlichen Disziplinarverfahren zu verhängende Disziplinarmaßnahme zur Folge hätte. Nach vorläufiger Würdigung

des Sachverhalts durch das Ministerium handele es sich bei dem Verhalten der Beschwerdeführerin um eine Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB mit einer Mindeststrafe von einem Jahr. Im Rahmen eines Gesprächs im Ministerium am 24. August 2020 erhielt die Beschwerdeführerin Akteneinsicht. Die weiteren von der Beschwerdeführerin angeforderten Akten und Aktenbestandteile wurden durch das Ministerium nach und nach zur Verfügung gestellt. Nachdem die Akteneinsicht in die vollständige Personalakte nicht ermöglicht werden konnte, bestätigte das Ministerium der Beschwerdeführerin mit Schreiben vom 23. Oktober 2020, dass sich in der noch nicht vorliegenden landgerichtlichen Personalakte kein über die übersandten Unterlagen hinausgehender disziplinarrelevanter Inhalt befinde.

Am 29. September 2020 wurde der Sohn der Beschwerdeführerin geboren. 8

Mit Schreiben 10. November 2020 nahm die Beschwerdeführerin zu der beabsichtigten Entlassung Stellung und beantragte die Beteiligung des Präsidialrats. Dieser informierte das Ministerium mit Schreiben vom 23. Februar 2021 über die in der Sache vorgesehene Sitzung am 8. März 2021. 9

5. Mit Bescheid vom 23. März 2021 wurde die Beschwerdeführerin zum Ablauf des 30. April 2021 aus dem Richterverhältnis auf Probe entlassen. Die sofortige Vollziehung wurde angeordnet. 10

Dies begründete das Ministerium im Wesentlichen wie folgt: Die Voraussetzungen nach § 22 Abs. 3 DRiG seien erfüllt. Unstreitig habe die Beschwerdeführerin bei Erlass des Beschlusses vom 14. April 2020 ihr Richteramt ausgeübt, obwohl sie nach § 41 Nr. 3 ZPO in gerader Linie mit dem Antragsteller verwandt sei. Insoweit reiche eine fahrlässige Dienstpflichtverletzung aus. Soweit die Beschwerdeführerin ausführe, eine Verletzung von § 41 Nr. 3 ZPO nicht gesehen zu haben beziehungsweise davon ausgegangen zu sein, dass ihr Vater nicht als Angehöriger gehandelt habe, seien diese Ausführungen nicht geeignet, die Fahrlässigkeit zu verneinen. Die unabhängige Amtsführung eines Richters stelle eine Kardinaltugend dar. Es sei für die Beschwerdeführerin ohne Weiteres möglich gewesen, diesen Ausschlussgrund auch ohne Kenntnis der genauen gesetzlichen Grundlage zu erkennen. Dies gelte insbesondere auch aufgrund des Umstands, dass sie unstreitig zum Zeitpunkt der Antragstellung mit ihrem Vater noch selbst über eine mögliche Befangenheit gesprochen habe. Bereits vor dem Hintergrund dieses Störgefühls wäre sie gehalten gewesen, eine Entscheidung aufgrund der Selbstbetroffenheit abzulehnen. 11

Nicht zugunsten der Beschwerdeführerin wirken könne die Vorschrift des § 12 Abs. 2 DRiG, nach der ein Richter auf Probe spätestens nach fünf Jahren auf Lebenszeit zu ernennen sei. Insoweit sei ein Erfüllungsanspruch nicht gegeben, wenn während der Probezeit ein Disziplinarverfahren eingeleitet werde, welches eine Entlassung gemäß § 22 Abs. 3 DRiG rechtfertige. Schließlich wirke sich auch nicht zugunsten der Beschwerdeführerin aus, dass eine unvollständige Besetzung des Richterwahlausschusses eine frühere Ernennung auf Lebenszeit verhindert habe. Auch die Geburt des Sohnes und die zum Zeitpunkt des entlassungsrelevanten Vorgangs 12

bestehende Schwangerschaft führten zu keinem anderen Ergebnis im Rahmen des Ermessens des Dienstherrn. Andere gewichtige Umstände, die gegen eine Entlassung sprächen, lägen nicht vor.

Die öffentlichen Interessen an einem Sofortvollzug der Entlassung überwögen die persönlichen Interessen der Beschwerdeführerin an der aufschiebenden Wirkung eines eventuellen Rechtsbehelfs. Das besondere öffentliche Vollzugsinteresse ergebe sich bereits aus denselben tatsächlichen Umständen, die zum Erlass der Entlassungsverfügung führten. Der Verbleib im Richterdienst während eines eventuell langjährigen Gerichtsverfahrens mit der damit verbundenen Wahrnehmung richterlicher Aufgaben, sei im Interesse einer ordnungsgemäßen Rechtspflege nicht möglich. Belange der Beschwerdeführerin, welche über das allgemeine, insbesondere wirtschaftliche Interesse am Verbleib im Amt hinausgingen, seien nicht ersichtlich.

13

6. Über den gegen die Entlassungsverfügung eingelegten Widerspruch der Beschwerdeführerin wurde noch nicht entschieden. Auf Antrag der Beschwerdeführerin stellte das Landgericht Meiningen – Dienstgericht – mit Beschluss vom 21. Mai 2021 die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Beschwerdeführerin gegen die Entlassungsverfügung wieder her. Das Ministerium legte Beschwerde gegen den Beschluss ein.

14

7. Mit Beschluss vom 15. Dezember 2021 änderte der Dienstgerichtshof den Beschluss des Dienstgerichts vom 21. Mai 2021 und lehnte den Antrag der Beschwerdeführerin auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs ab.

15

Entgegen der Auffassung des Dienstgerichts sei die Entlassungsverfügung im Rahmen der vorliegend allein möglichen summarischen Prüfung nicht aufgrund von Ermessensfehlern als rechtswidrig anzusehen. Das Dienstvergehen sei vor Ablauf der Statusdienstzeit begangen worden. Bis zum Ablauf der Statusdienstzeit habe noch keine Entscheidungsreife vorgelegen. Dem Dienstherrn müsse eine angemessene Überprüfungs- und Überlegungsfrist zur Verfügung stehen, wobei er die Aufklärung des Sachverhalts nicht ungebührlich verzögern dürfe und die Entscheidung über die Entlassung mit der gebotenen Beschleunigung treffen müsse.

16

Eine ungebührliche Verzögerung sei nicht gegeben. Die Ermittlungen im Disziplinarverfahren seien zügig geführt worden, und das Ergebnis habe vor Ablauf der Statusdienstzeit vorgelegen. Schon wenige Wochen später sei eine Einladung zu einem Gespräch erfolgt. Insgesamt sei das Ministerium auch seiner Verpflichtung zur Vorlage der angeforderten Unterlagen ohne eine ihm anzulastende Verzögerung nachgekommen.

17

Der Dienstgerichtshof gehe davon aus, dass bis zur Stellungnahme der Beschwerdeführerin am 10. November 2020 Entscheidungsreife noch nicht vorgelegen habe. Danach habe dem Ministerium eine erneute Prüfungspflicht und ein erneutes Prüfungsrecht zugestanden. Die erst im März 2021 erfolgte Befassung des Präsidialrats mit der Angelegenheit habe ebenfalls nicht zu einer ungebührlichen Verzögerung ge-

18

führt. Die Beteiligung des Präsidialrats vor Ablauf der in § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe b in Verbindung mit § 1 Abs. 2 Thüringer Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen (im Folgenden: ThürMuSchVO) gesetzten Frist zur Einhaltung des Entlassungsverbots und damit vor dem 29. Januar 2021 sei nicht geboten gewesen. Auch dann hätte dem Ministerium noch eine Überlegungs- und Prüfungsfrist zugestanden, sodass auch bei einer früheren Befassung des Präsidialrats eine Beendigung des Dienstverhältnisses erst zum 31. März 2021 realistisch gewesen sei. Davon weiche die Entlassung zum 30. April 2021 nicht ungebührlich ab.

Weiterhin liege auch kein Ermessens Fehlgebrauch wegen nicht ausreichender Beachtung der Zustimmung des Richterwahlausschusses zur Lebenszeiternennung der Beschwerdeführerin vor. Zum Zeitpunkt der Zustimmung des Richterwahlausschusses am 26. Mai 2020 seien die disziplinarischen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen gewesen und hätten vom Richterwahlausschuss deshalb auch nicht berücksichtigt werden können. Auch komme der Entscheidung des Richterwahlausschusses nach Ablauf des vierten Jahres nach der Ernennung auf Probe wegen der Regelung des § 22 Abs. 2 Nr. 2 DRiG nur noch eine formale und damit gerade keine entscheidende Bedeutung zu, die das Ministerium in die Ermessenserwägungen hätte aufnehmen müssen.

19

Der Dienstgerichtshof komme zu dem Ergebnis, dass die Erfolgsaussichten in einem Hauptsacheverfahren daher zweifelhaft seien. Die Abwägung der widerstreitenden Belange gebiete hier, das Aufschubinteresse der Beschwerdeführerin gegenüber dem öffentlichen Interesse zurückstehen zu lassen. Die öffentlichen Belange einer funktionstüchtigen rechtsstaatlichen Prinzipien unterstehenden Rechtspflege überwiegen vorliegend die verfassungsmäßigen Rechte der Beschwerdeführerin. Es sei im Hinblick auf das Vertrauen in eine unabhängige Rechtsprechung schlechterdings nicht zuzumuten, dass ein Richter in eigener oder familieneigener Sache tätig werde. Insoweit könne es auch nicht darauf ankommen, ob man von der Vorschrift des § 41 Nr. 3 ZPO positiv Kenntnis habe und sie bewusst missachte.

20

Die schutzwürdigen Rechte der Beschwerdeführerin seien demgegenüber – auch mit Blick auf Art. 12 Abs. 1, Art. 33 Abs. 2 GG – nicht höher zu bewerten. Maßgeblich sei, dass es sich vorliegend um einen eklatanten Verstoß der Beschwerdeführerin handle und hier lediglich im vorläufigen Rechtsschutzverfahren der Sofortvollzug ihrer Entlassung aus dem Amt bestätigt werde. Es sei nicht ersichtlich, dass die Nichtausübung des Dienstes für die Beschwerdeführerin über die damit regelmäßig verbundenen Nachteile hinausgehende Wirkungen habe. Insbesondere könnten für den Fall, dass die Beschwerdeführerin im Hauptsacheverfahren obsiege, die finanziellen Folgen rückgängig gemacht werden.

21

II.

Am 17. Januar 2022 hat die Beschwerdeführerin Verfassungsbeschwerde erhoben und einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt. Sie rügt die Verletzung von Art. 3 Abs. 1 (Willkürverbot), Art. 12 Abs. 1 und Art. 33 Abs. 5 in Verbin-

22

dung mit Art. 97 GG.

1. In der Entscheidung des Dienstgerichtshofs liege offenkundig ein Eingriff in ihre verfassungsrechtlich durch Art. 33 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 97 GG garantierte richterliche Unabhängigkeit. Der Dienstgerichtshof habe die sich aus der Verfassung selbst ergebende Verpflichtung zur Beschleunigung des Disziplinarverfahrens nicht beachtet, beziehungsweise diesbezüglich eine unzutreffende Bewertung vorgenommen. 23

Dies zeige sich unter anderem daran, dass er der Einladung zu einem Gespräch im Juli 2020 einen Bearbeitungscharakter zuerkenne, obgleich der Einladung kein Gesprächsanlass zu entnehmen gewesen sei. Aber auch nach dem Gespräch am 24. August 2020 sei dem Beschleunigungsgebot durch die verzögerte Einräumung der Einsicht in die vollständigen Unterlagen und Akten nicht Rechnung getragen worden. Dies habe der Dienstgerichtshof ebenfalls verkannt. Dabei sei festzustellen, dass sich die Anforderungen an die Beschleunigung des Disziplinarverfahrens umso mehr erhöhten, je länger die Statusdienstzeit für die Lebenszeiternennung eines Richters überschritten werde. Die Bewertung durch den Dienstgerichtshof, dass das Ministerium die Verzögerung der vollständigen Aktenbeschaffung nicht zu vertreten habe, sei schlechterdings nicht vorstellbar, und verletze bereits insoweit das Willkürverbot des Art. 3 Abs. 1 GG. 24

Die späte Befassung des Präsidialrats mit ihrer Angelegenheit greife ebenfalls – mit Blick auf den Ablauf der Statusdienstzeit – in ihre verfassungsrechtlich geschützten Rechte ein. Warum und auf welcher Rechtsgrundlage der Dienstgerichtshof zu der Einschätzung komme, dass eine Beteiligung des Präsidialrats vor dem Ablauf der in § 11 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe b in Verbindung mit § 1 Abs. 2 ThürMuSchVO gesetzten Frist zur Einhaltung des Entlassungsverbots und damit vor dem 29. Januar 2021 nicht geboten gewesen wäre, erschließe sich unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt. Auch hieraus ergebe sich ein Verstoß gegen das Willkürverbot nach Art. 3 Abs. 1 GG. 25

Auch soweit sich der Dienstgerichtshof mit der Frage auseinandersetze, ob ein Ermessensfehlgebrauch durch das Ministerium wegen nicht ausreichender Beachtung der Zustimmung des Richterwahlausschusses zu ihrer Lebenszeiternennung vorliege und diese verneine, verletze er ihre verfassungsrechtlich geschützte richterliche Unabhängigkeit und verkenne in eklatanter Weise Bedeutung und Tragweite der verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Art. 97 in Verbindung mit Art. 98 Abs. 4 GG. 26

Schließlich sei noch zu berücksichtigen, dass es im entschiedenen Ausgangsfall um eine existenzielle Frage gegangen sei, nämlich um die Sterbebegleitung durch einen Pfarrer. Bei der hier vorzunehmenden Abwägung seien den Grundrechten der Sterbenden, unter anderem Art. 1 Abs. 1 und Art. 4 Abs. 1 GG, gegenüber der verfahrensrechtlichen Gewährung rechtsstaatlicher Grundsätze der Vorrang einzuräumen gewesen. 27

Somit müsse selbst unter Beachtung der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren sich aus Art. 19 Abs. 4 GG ableitenden geringeren Prüfungstiefe festgestellt werden, dass ganz überwiegende Gründe für eine offensichtliche Rechtswidrigkeit der Entlassungsverfügung sprächen. 28

2. Doch auch die getroffene Abwägungsentscheidung des Dienstgerichtshofs – unterstellt, sie sei geboten gewesen – sei mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht mehr in Einklang zu bringen. Sie verletze Art. 12 Abs. 1 GG und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. An der sofortigen Vollziehbarkeit einer offensichtlich rechtswidrigen Entscheidung könne kein öffentliches Interesse bestehen. Dem stünde in jedem Fall das Rechtsstaatsgebot (Art. 20 Abs. 3 GG) auch in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4 GG entgegen. 29

Der Dienstgerichtshof betrachte hier lediglich ihre rein finanziellen Interessen, welche aus seiner Sicht bei einem Obsiegen in der Hauptsache zumindest weitestgehend rückgängig gemacht werden könnten. Dies greife deutlich zu kurz. Die finanziellen Folgen gingen sehr viel weiter. Hier seien insbesondere die Aufwendungen für eine Krankenversicherung während der Dauer der Dienstenthebung sowie die – mit hoher Wahrscheinlichkeit vergeblichen, in keinem Fall aber wertgerechten – Einzahlungen in die Rentenversicherung zu beachten. Zudem sei die für die Dauer der Dienstenthebung ausgeschlossene Teilhabe an der Fortentwicklung der richterlichen Fähigkeiten zu sehen. Auch müsse die mit einer Entlassung verbundene Stigmatisierung berücksichtigt werden. Weiterhin falle die sich aus der Situation ergebende wirtschaftliche und soziale Unsicherheit ins Gewicht. Schließlich verschärfe sich mit der Dienstenthebung die ohnehin fehlende Parität zwischen den Parteien und es komme zu einer Verlagerung des Prozessrisikos auf sie. 30

Vorliegend falle dabei zu ihren Lasten lediglich ins Gewicht, dass es sich bei der Beachtung des Gebots der Einhaltung des gesetzlichen Richters um eine Kernpflicht des Richters handle. Alle anderen zu berücksichtigenden Aspekte sprächen zu ihren Gunsten. Zu nennen seien hier insbesondere die außergewöhnliche Ausnahmesituation, in der sie sich befunden habe, die Tatsache, dass – zumindest in der eigenen Wahrnehmung – die getroffene Entscheidung die einzige Möglichkeit zur Auflösung der Verfassungsrechtskollision dargestellt habe und die Tatsache, dass die Entscheidung keinen Vorteil im eigentlichen Sinne für den „begünstigten“ Seelsorger dargestellt habe. Es sei davon auszugehen, dass sich die Situation niemals wiederholen werde. Schließlich könne sie sich selbst, als konfessionell gebunden und religiös engagiert, auf den Schutz von Art. 4 Abs. 1 GG berufen. 31

Die Dienstenthebung – auch die vorläufige – stelle sich zudem als eine Beschränkung der Berufswahlfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG dar. Eine solche sei jedoch nur zulässig, soweit sie zum Schutz besonders wichtiger Gemeinschaftsgüter zwingend erforderlich sei. Bei der hier in Rede stehenden Verletzung des Rechtsstaatsgebots handle es sich um ein wichtiges Gemeinschaftsgut. Dennoch sei die vorläufige Dienstenthebung zum Schutz dieses Gemeinschaftsgutes nicht zwingend erforder- 32

lich. Die in dem Verfahrensverstoß liegende Verletzung des wichtigen Gemeinschaftsgutes habe zugleich der Durchsetzung und Verwirklichung höchster Rechtsgüter gedient. Auch der Dienstherr selbst habe offensichtlich keinen Anlass dafür gesehen, unmittelbar nach Bekanntwerden der Verfehlung, von der bestehenden Möglichkeit einer vorläufigen Dienstenthebung Gebrauch zu machen. Mithin sei der Dienstherr schon nicht davon ausgegangen, dass eine sofortige Dienstenthebung zum Schutz der von ihm selbst angeführten wichtigen Gemeinschaftsgüter geboten gewesen sei.

Dem Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung gemäß § 32 Abs. 1 BVerfGG sei stattzugeben, da der Beschwerdeführerin andernfalls nahezu irreparable berufliche und wirtschaftliche Folgen – durch sie letztlich als deckungsgleich mit denen dargestellt, die im Rahmen der Abwägung des Sofortvollzugs zu berücksichtigen gewesen seien – entstünden.

33

III.

Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen. Die Voraussetzungen des § 93a Abs. 2 BVerfGG liegen nicht vor. Der Verfassungsbeschwerde kommt weder grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zu, noch ist sie zur Durchsetzung von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten der Beschwerdeführerin angezeigt, da sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat (vgl. BVerfGE 90, 22 <25 f.>). Sie ist unzulässig, denn sie ist nicht hinreichend substantiiert begründet.

34

1. Nach § 23 Abs. 1 Satz 2, § 92 BVerfGG ist der Sachverhalt, aus dem sich die Grundrechtsverletzung ergeben soll, substantiiert und schlüssig darzulegen. Ferner muss sich die Verfassungsbeschwerde mit dem zugrundeliegenden einfachen Recht, soweit dies für die verfassungsrechtliche Beurteilung von Belang ist, sowie und insbesondere mit der verfassungsrechtlichen Beurteilung des vorgetragenen Sachverhalts auseinandersetzen. Aus dem Vortrag der Beschwerdeführenden muss sich mit hinreichender Deutlichkeit die Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung ergeben (vgl. BVerfGE 78, 320 <329>). Bei einer gegen eine gerichtliche Entscheidung gerichteten Verfassungsbeschwerde haben sich die Beschwerdeführenden mit dieser inhaltlich auseinanderzusetzen (vgl. BVerfGE 82, 43 <49>; 86, 122 <127>; 130, 1 <21>).

35

2. Diesen Maßstäben wird die Verfassungsbeschwerde nicht gerecht.

36

a) Gegenstand der Verfassungsbeschwerde ist ausschließlich die Ablehnung des Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die Entlassungsverfügung. Die Beschwerdeführerin richtet sich im Wesentlichen gegen die Interessenabwägung des Dienstgerichtshofs im Rahmen seiner Entscheidung nach § 80 Abs. 5 VwGO, insbesondere gegen seine Einschätzung der Erfolgsaussichten des Hauptsacheverfahrens. Sie befasst sich indes nicht hinreichend damit, dass streitgegenständlich nicht die gegen sie verfügte Entlassung an sich, sondern lediglich ihr Sofortvollzug während des laufenden Hauptsacheverfahrens ist.

37

Von maßgeblicher Bedeutung für den Ausgang des vorliegenden Verfahrens ist daher nicht nur die Frage, ob die Entlassung der Beschwerdeführerin im Ergebnis gerechtfertigt ist oder nicht – dies stellt im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes lediglich einen von mehreren Abwägungsbelangen dar –, sondern die davon zu unterscheidende Frage, ob das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz Schäden nähme, wenn die Beschwerdeführerin ihre richterliche Tätigkeit während des – möglicherweise mehrere Jahre andauernden – Hauptsacheverfahrens fortführen dürfte beziehungsweise wie die gegenläufigen rechtlich geschützten Interessen der Beschwerdeführerin zu gewichten sind.

b) Nur unzureichend befasst sich die Beschwerdeführerin auch mit dem Umstand, dass mit dem festgestellten – und unbestrittenen – Verstoß gegen § 41 Nr. 3 ZPO ein disziplinarrechtlicher Vorwurf im Raum steht, der den Kern der richterlichen Unparteilichkeit betrifft und nach Auffassung des Dienstherrn die Entlassung der Beschwerdeführerin zur Folge haben muss.

38

Aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Art. 20 Abs. 3 GG sowie aus Art. 92, Art. 97 und Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG folgt unter anderem die Garantie der richterlichen Unparteilichkeit. Der Grundsatz, dass niemand in eigener Sache Richterin oder Richter sein darf, ist ein fundamentales rechtsstaatliches Prinzip. Es gehört zum Wesen der richterlichen Tätigkeit, dass sie von nichtbeteiligten Dritten ausgeübt wird; dies erfordert Neutralität und gleiche Distanz gegenüber allen Verfahrensbeteiligten. Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG gewährleistet, dass die Verfahrensbeteiligten im konkreten Fall vor einem Gericht stehen, dessen Mitglieder die Voraussetzungen der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit uneingeschränkt erfüllen (vgl. BVerfGE 3, 377 <381>; 4, 331 <346>; 14, 56 <69>; 21, 139 <145 f.>; 82, 286 <298>; 89, 28 <36>; 148, 69 <96 Rn. 69>; 153, 1 <42 f. Rn. 96>). Während der Schutz der richterlichen Unabhängigkeit, der mittelbar auch der Sicherung der Unparteilichkeit dient, die allgemeine Stellung und Tätigkeit der Richter betrifft und von außen kommende rechtsfremde oder sachfremde Einwirkungen fernhalten will, zielt die Unparteilichkeit auf die Objektivität und Sachlichkeit im Hinblick auf Beziehungen der Richter zu den Beteiligten und zum Streitgegenstand im konkreten Verfahren (BVerfGE 148, 69 <96 f. Rn. 69>; 153, 1 <43 Rn. 96>). Einfachgesetzlich hat die Garantie der richterlichen Unparteilichkeit unter anderem in § 41 ZPO ihren Niederschlag gefunden (Stackmann, in: Münchener Kommentar, ZPO, 6. Aufl. 2020, § 41 Rn. 1 f.).

39

Die Beschwerdeführerin beschränkt sich in ihren Ausführungen hierzu letztlich auf die Darstellung ihrer eigenen Interessen, die zudem nur unzureichend konkretisiert werden. Demgegenüber fehlt jegliche Auseinandersetzung mit der Frage, welches Gewicht dem Vertrauen der Öffentlichkeit in eine unabhängige Justiz im Rahmen des Sofortvollzugs zukommt und welche Auswirkungen es auf dieses Vertrauen hätte, bliebe die Beschwerdeführerin während eines möglicherweise langwierigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens über die Rechtmäßigkeit einer Entlassung aus dem Proberichterverhältnis weiter im Dienst. Hier wäre ein Vergleich mit den Sanktionen, die ein Richter nach seiner Lebenszeiternennung bei einem gleichartigen Verstoß zu

40

erwarten hätte, jedenfalls naheliegend gewesen. Denn hätte das gleiche Verhalten nach der Lebenszeiternennung lediglich eine Geldbuße oder eine andere minder gewichtige Disziplinarmaßnahme zur Folge, könnte dies Auswirkungen auf die Frage haben, was der Öffentlichkeit bei einem Verstoß wie dem vorliegenden bis zur Rechtskraft der Entscheidung über die Entlassung zugemutet werden kann. Demgegenüber beschränkt sich die Beschwerdeführerin auf die Feststellung, dass es sich zwar bei der in Rede stehenden Verletzung des Rechtsstaatsgebots um ein wichtiges Gemeinschaftsgut handle, dieses im vorliegenden Fall jedoch hinter ihren Interessen zurückstehen müsse.

c) Soweit die Beschwerdeführerin darauf verweist, der Verstoß gegen § 41 ZPO werde durch höherrangiges Verfassungsrecht (insbesondere Art. 1 Abs. 1 und Art. 4 GG) gerechtfertigt, wird nicht deutlich, was sie damit zum Ausdruck bringen will. Sollte sie der Auffassung sein, die materielle Richtigkeit einer richterlichen Entscheidung sei für die Antwort auf die Frage nach einer Besorgnis der Befangenheit von Bedeutung, spräche dies für eine grundlegende Verknüpfung der Befangenheitsproblematik. Soweit der Verweis auf Art. 4 Abs. 1 GG eine Übertragbarkeit der von der Beschwerdeführerin in Bezug genommenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2020 (BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 29. April 2020 - 1 BvQ 44/20 -) auf den vorliegenden Fall begründen soll, setzt sie sich nicht damit auseinander, dass Probleme der Befangenheit in der genannten Entscheidung keine Rolle spielten. Im Übrigen zieht die Beschwerdeführerin nicht einmal ansatzweise ernsthaft in Betracht, dass sie die Möglichkeit gehabt hätte, ihrer Vertreterin im Bereitschaftsdienst den Fall zu unverzüglicher Bearbeitung und Entscheidung zu übergeben.

41

d) Auch soweit die Beschwerdeführerin meint, der Dienstherr selbst sei nicht davon ausgegangen, dass ihre sofortige Dienstenthebung zum Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter geboten gewesen sei, weil sie „die ganze Zeit“ ihre richterlichen Aufgaben bis zur Anordnung des Sofortvollzugs habe weiter ausüben dürfen, bleibt ihr Vortrag unsubstantiiert. Sie setzt sich insbesondere nicht damit auseinander, dass sie aufgrund von Elternzeit und Mutterschutz einen wesentlichen Teil des Zeitraums bis zur Entlassungsverfügung nicht als Richterin tätig war. Es fehlt an Ausführungen zu Beginn und Ende der mutterschutzbedingten Beschäftigungsverbote (Geburt des Kindes am 29. September 2020) sowie dazu, dass sie sich in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis 31. März 2021 in Elternzeit befunden hat; auch bleibt der Maßstab für ein vorläufiges Beschäftigungsverbot während des laufenden Verwaltungsverfahrens unerörtert.

42

e) Ohne hinreichende Substanz bleibt schließlich die Auseinandersetzung mit der Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit (Art. 33 Abs. 5 i.V.m. Art. 97 GG) und dem daraus von der Beschwerdeführerin abgeleiteten Gebot einer beschleunigten Bearbeitung des gegen sie geführten Verfahrens nach Ablauf der Statusdienstzeit (vgl. aber BVerwGE 26, 228-234; BGHZ 100, 287-299). Auch wenn ihr Dienstherr das Verfahren nicht mit großem Nachdruck betrieben haben mag, hätte es

43

eingehender Befassung mit dem Umstand bedurft, dass nicht jede verzögerte Bearbeitung zu einem Verfassungsverstoß führt, auch wenn mit zunehmendem Zeitablauf mit Blick auf § 12 Abs. 2 DRiG die Anforderungen an eine zügige Bearbeitung des Disziplinarverfahrens steigen. Dasselbe gilt für die verfassungsrechtliche Bewertung der von der Beschwerdeführerin ebenfalls in den Kontext der richterlichen Unabhängigkeit gerückten Zustimmung des Richterwahlausschusses zu ihrer Lebenszeiterennung.

3. Mit der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde wird der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegenstandslos (§ 40 Abs. 3 GOBVerfG). 44

Diese Entscheidung ist unanfechtbar. 45

Hermanns

Maidowski

Langenfeld

**Bundesverfassungsgericht, Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom
9. März 2022 - 2 BvR 91/22**

Zitiervorschlag BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom
9. März 2022 - 2 BvR 91/22 - Rn. (1 - 45), [http://www.bverfg.de/e/
rk20220309_2bvr009122.html](http://www.bverfg.de/e/rk20220309_2bvr009122.html)

ECLI ECLI:DE:BVerfG:2022:rk20220309.2bvr009122